

UN-Mitgliedschaftsantrag Palästinas „Im Idealfall Katalysator für Friedensverhandlungen“

Interview mit Henrik Meyer



☞ Henrik Meyer arbeitet im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Foto: privat

spw: Am 23. September beantragte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas die Vollmitgliedschaft eines unabhängigen Palästinenserstaates bei den Vereinten Nationen. Wie ist dieser Schritt zu bewerten? Was ging ihm voraus?

» **H.M.:** Der Gang vor die Vereinten Nationen war lange angekündigt und kam für niemanden wirklich überraschend. Aus palästinensischer Sicht war es die logische Konsequenz eines gescheiterten Friedensprozesses. Nachdem dieser mit dem Gazakrieg 2008/2009 endgültig zum Erliegen gekommen war, hat die Palästinensische Autonomiebehörde mit massiver Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Institutionen eines zukünftigen unabhängigen Staates Palästina aufgebaut. Dieser Prozess ist mittlerweile weitgehend erfolgreich abgeschlossen, Weltbank und UN bescheinigen Palästina, bereit für die Unabhängigkeit zu sein. Der nächste Schritt sollte nun die internationale Anerkennung sein.

Das Neue am Vorgehen der Palästinenser ist weniger die Strategie an sich als vielmehr das Selbstbewusstsein, mit dem diese verfolgt wird. Es ist das erst Mal seit langer Zeit, dass eine Alternative zum reinen Verhand-

lungsansatz konsequent in die Tat umgesetzt wird. Die Palästinenser wollen sich nicht mit ihrer Rolle des Juniorpartners in einem dahinsiechenden Friedensprozess zufrieden geben. Sie haben es gewagt, klare Bedingungen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu stellen. Nun wagen sie es, auch gegen den zuletzt immensen Druck aus den USA, die Parallelstrategie von Staatsaufbau und internationaler Anerkennung weiter voranzutreiben. Vor wenigen Jahren noch wäre eine solche Vorgehensweise undenkbar gewesen.

spw: Bilder des Jubels aus Palästina begleiteten die Antragstellung. Können die hohen Erwartungen in der Bevölkerung erfüllt werden oder droht neue Enttäuschung? Welche real erfahrbaren Alltagsveränderungen sind überhaupt erwartbar?

» **H.M.:** Das ist ein nicht zu unterschätzendes Risiko. Die Hoffnungen der Bevölkerung werden ja aller Voraussicht nach doppelt enttäuscht. Denn natürlich wird sich durch den Gang vor die Vereinten Nationen an der Alltagssituation der Palästinenser zunächst wenig ändern. Das ist aber das kleinere Problem, da die meisten Palästinenser das auch gar nicht erwarten. Das größere Problem ist, dass das amerikanische Veto, das die Vollmitgliedschaft verhindern wird, der UN-Initiative auch ihren symbolischen Gehalt nehmen wird. Die Palästinenser werden das Scheitern als Botschaft verstehen, dass ihnen nicht nur die Unabhängigkeit vorenthalten, sondern sogar das grundsätzliche Recht auf einen eigenen Staat abgesprochen wird.

Diese Enttäuschung, kombiniert mit der tatsächlich euphorischen Stimmung in Ramallah, birgt explosives Potential. Auch wenn

ich nicht denke, dass es zu größeren Gewaltausbrüchen kommen wird, ist doch nicht auszuschließen, dass sich die öffentliche Meinung immer weiter vom Westen und vom Verhandlungsansatz entfernt. Eine weitere Entfremdung vom Westen hätte nicht nur Konsequenzen für das deutsche und europäische Verhältnis zu Palästina und zur arabischen Welt, sondern würde auch ein riesiges Problem für die derzeitige Palästinenserführung darstellen. Mit einem Scheitern der diplomatischen Initiative würde die Regierung von Mahmoud Abbas und Salam Fayyad ihre Legitimitätsgrundlage endgültig verlieren. Und einen besseren Verhandlungspartner als derzeit wird es auf absehbare Zeit für Israel und den Westen nicht geben.

spw: Welche Auswirkungen auf den Friedensprozess in Nahost insgesamt sind aufgrund dieses unilateralen Schrittes zu erwarten? Welche Reaktionen werden aus Israel folgen?

» **H.M.:** Die Sorge, dass der Friedensprozess negativ beeinflusst werden könnte, teile ich nicht. De facto gibt es schon seit Jahren keinen Friedensprozess mehr, der diesen Namen verdient hätte. Fortschritte werden nicht erzielt, alle wichtigen Entscheidungen der vergangenen Jahre wurden einseitig getroffen. Während die Hamas trotz offiziell verkündeter Einigung mit der Fatah fester denn je die Zügel im Gazastreifen in der Hand hält, lässt die israelische Regierung seit Jahren zigtausende Wohnungen in illegalen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten bauen.

Premierminister Netanjahu hat kurz nach der UN-Vollversammlung zwar als „Reaktion“ weitere 1.100 dieser Siedlungseinheiten genehmigt – aber das geschieht seit Jahren in verlässlicher Regelmäßigkeit und wäre auch ohne die UN-Initiative so vollzogen worden. Nicht der Gang vor die Vereinten Nationen, sondern der Siedlungsbau ist der gefährliche Unilateralismus, der den Frieden im Nahen

Osten immer unwahrscheinlicher macht. Allein die Tatsache, dass der Gang vor die Vereinten Nationen ohne Zustimmung Israels erfolgt, heißt noch nicht, dass es ein unilateraler Schritt war – immerhin wurden so 193 Nationen in den Prozess einbezogen. Was fehlte, und nun mit Hochdruck nachgeholt werden muss, ist die Einbeziehung Israels.

Denn es ist natürlich trotzdem von entscheidender Bedeutung, Israel in dieser Frage mit ins Boot zu holen. Unter der Regierung Netanjahu/Lieberman sehe ich für echte Zugeständnisse zwar wenige Chancen, aber das kann sich ändern. Die Sozialproteste der vergangenen Monate haben die politische Landschaft in Israel gehörig durcheinandergewirbelt. Es ist nicht auszuschließen, dass kompromissbereitere Kräfte in Israel zukünftig wieder eine stärkere Rolle spielen werden. Und diese könnten auch die Chance erkennen, die die UN-Initiative der Palästinenser mit sich bringt. Denn mit der Anerkennung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 würde auf internationalem Parkett auch ein für alle Mal die Existenz und Legitimität des Staates Israel auf der anderen Seite der Grenze akzeptiert. Schließlich ist das doch die Kernbotschaft der palästinensischen UN-Strategie: Die Zweistaatenlösung soll entgegen den besorgniserregenden politischen Entwicklungen als Lösungsparadigma festgeschrieben werden. Hiervon können alle profitieren, die an einer friedlichen Beilegung des Nahostkonflikts interessiert sind.

spw: In welchem Verhältnis steht der Mitgliedschaftsantrag zur 2002 vereinbarten Roadmap zur Beilegung des Nahostkonflikts und inwiefern wird das Nahostquartett aus UN, EU, USA und Russland gezwungen sein ihre Strategie zu ändern?

» **H.M.:** Dies ist in der Tat eine interessante Frage. Denn: Über den Streit der vergangenen Monate ist in Vergessenheit geraten, dass alle Akteure des Nahostquartetts

den Kurs der Palästinenserführung im Prinzip unterstützen. Eben gerade weil die Roadmap von Israel in nahezu keinem einzigen Punkt eingehalten wurde, haben vor allem die USA und die EU mit Milliardenbeträgen den Aufbau eines palästinensischen Staates jenseits bilateraler Verhandlungen vorangetrieben. Das Staatsaufbauprogramm von Premierminister Salam Fayyad wurde in Palästina gegen massive interne Widerstände mit großem Erfolg durchgesetzt.

Obwohl die demokratische Legitimität der Regierung in Ramallah auf äußerst wackeligen Beinen steht, hat die internationale Gebergemeinschaft voll auf Fayyad gesetzt. Die Vertiefung der nationalen Spaltung, die Belastungen für den demokratischen Prozess, die politische Marginalisierung Jerusalems – all dies wurde akzeptiert mit dem Argument, es gebe keine Alternative zum Programm des palästinensischen Staatsaufbaus. Die nun absehbare Ablehnung der Anerkennung des Staates ist daher nicht nur inkonsequent, sie konterkariert geradezu die eigene Politik der vergangenen Jahre.

Mit der Wahl Barack Obamas Ende 2008 hatten sich völlig neue Möglichkeiten für den Nahostfriedensprozess eröffnet. Die vielen Fortschritte im Westjordanland wären ohne die Signale aus Washington nicht möglich gewesen. Nun aber dürfte es schwer werden, die Palästinenserführung ein weiteres Mal hinter einem gemeinsamen Strategieansatz zu vereinen. In jedem Fall wird ein Einfaches „Weiter so!“ nicht funktionieren.

spw: Welche Rolle sollte Deutschland einnehmen?

» **H.M.:** Die Frage ist: Welche Rolle kann Deutschland noch einnehmen? Ohne Not hat sich die Bundesregierung viel zu früh gegen eine Zustimmung zur palästinensischen UN-Initiative ausgesprochen. In der jetzigen Situation müsste Deutschland also

seine Glaubwürdigkeit opfern, um wieder Gestaltungsfähigkeit zu erlangen.

Mittelfristig muss sich die Bundesregierung überlegen, ob sie eine gestaltende Rolle im Nahostkonflikt einnehmen möchte. Derzeit beschränkt sich die Rolle Deutschlands auf die des Zahlers und Mahners. Bei schwierigen Entscheidungen kann sich Deutschland bislang nicht dazu durchringen, eine feste Position einzunehmen. Wenn Deutschland aber ein für beide Seiten glaubwürdiger Vertreter der Zweistaatenlösung sein möchte, ist es schlicht unlogisch, gegen die Verkündung der Zweistaatenlösung auf internationalem Parkett zu stimmen.

Denn, das wird ja gerne vergessen: Die UN-Initiative ersetzt nicht bilaterale Verhandlungen. Das haben vor allem die Palästinenser immer wieder deutlich gemacht. Die Anerkennung Palästinas soll verlässliche Rahmenbedingungen für zukünftige Friedensverhandlungen schaffen. Wenn diese konstruktive Seite auch in Israel erkannt wird, kann dies im Idealfall sogar als Katalysator für Friedensverhandlungen wirken. Deutschland sollte seine guten Beziehungen zu Israel nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. ■

↳ Das Interview führte Michael Reschke.